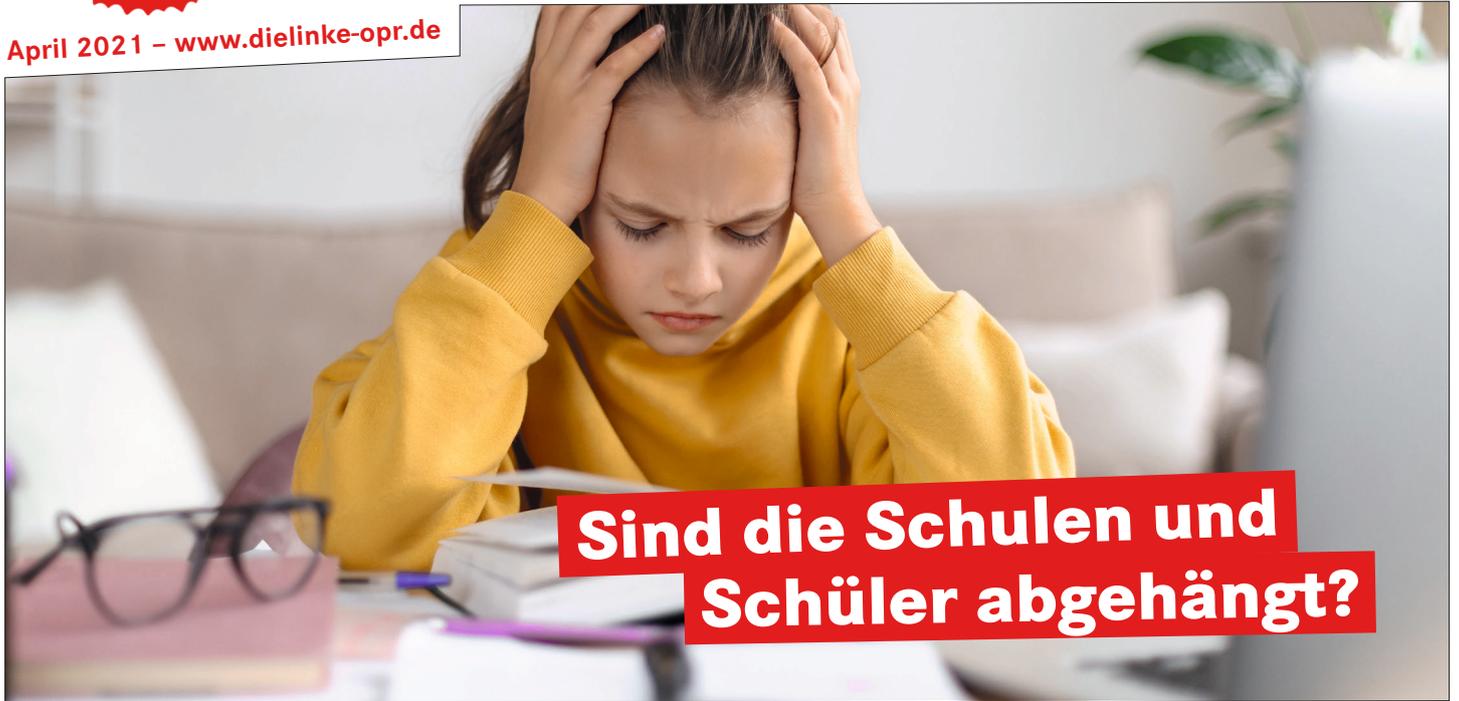




# märkische linke

DIE ROTE ZEITUNG – DAS MEINUNGSMEDIUM FÜR DEN KREIS OSTPRIGNITZ-RUPPIN

April 2021 – [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)



## Sind die Schulen und Schüler abgehängt?

In dieser gegenwärtigen, durch die hohe Anzahl der Corona-Infizierten angespannten Situation gibt es eine Vielzahl von Problemen, die gelöst werden müssen. Politiker aller Ebenen versuchen, teils ineffektiv, die größten und aus ihrer Sicht brennendsten Sorgen zu mildern. Typisch ist hierbei, dass zuerst die gesundheitlichen Herausforderungen gemeistert werden müssen, aber danach gleich die wirtschaftlichen Sorgen und Probleme im Mittelpunkt der regierenden Politik stehen. Zu kritisieren ist, dass in der ganzen Pandemiedebatte die Schulen, Lehrer, Erzieher und Schüler zu kurz kommen.

### **Begangene Fehler sind nicht mehr gutzumachen**

Als im Frühjahr das erste Mal alle Schulen geschlossen wurden und die Kinder zuhause lernen mussten, wurden die Versäumnisse im Schulbereich wie in einem Brennglas sichtbar. Die jahrelang vernachlässigte Bausubstanz wie kaputte, nicht zu öffnende Fenster, defekte Sanitär-einrichtungen traten deutlich zutage. Auch die Mängel im Schülertransport, zu wenig Busse, sodass es zu Gedränge kommt, wurden nicht abgestellt (andere Kreise haben beispielsweise private Busunternehmen mit eingebunden). Viel schlimmer war und ist aber die man-

gelnde digitale Ausstattung der Schulen und die damit im Zusammenhang stehende vernachlässigte Qualifizierung der Lehrkräfte zu diesem Thema.

Nun dachten viele Eltern und andere Bürger, dass die Sommermonate genutzt werden, um die größten festgestellten Mängel abzustellen. Aber weit gefehlt, obwohl alle Virologen vor einer zweiten Corona-Welle im Winter gewarnt hatten. Viele Virologen wiesen auf den mangelnden Luftaustausch in den Klassenräumen hin und empfahlen Luftreinigungsgeräte. Was tat aber unsere Landesregierung? Sie verfügte eine regelmäßige Lüftung der Klassenräume durch gleichzeitiges Öffnen der Fenster und Türen (Durchzug). Die Kinder saßen also mit dicker Jacke, Mütze und teilweise mit Handschuhen im Unterricht. Viele Kinder, vor allem in der »Fensterreihe«, beklagten, dass es im Klassenraum gar nicht mehr warm werde.

Ein weiteres – nicht nur die Schulen betreffendes – Problem ist die mangelnde Internetversorgung in unserer Region. Viele ländliche Räume sind sowohl vom Mobilfunk als auch vom Internet abgehängt.

### **Gleiche Situation, gleiche Fehler**

Eine alte Weisheit der Menschheit besagt, dass man aus begangenen Fehlern lernt.

Wenn man sich jedoch die Brandenburger Landes- und unsere Kreispolitik ansieht, wie sie mit der gegenwärtigen Corona-Krise umgehen, da kann man nur an deren Logik und Fähigkeiten zweifeln.

Im Kreis OPR blieben alle Kitas auf Weisung des Landrats geöffnet. Der Landrat hat offensichtlich noch nichts davon gehört, dass auch Kita-Kinder das Virus übertragen können, ohne selbst zu erkranken. Somit schafft der Kreis beste Verteilungsmechanismen für das Virus. Die Kinder infizieren sich, bringen das Virus mit nach Hause und infizieren Eltern und Geschwister. Oder umgekehrt, sie bringen das Virus von zu Hause mit und infizieren ihre Erzieher. Die Konsequenz: Der Kreis musste die Kitas zwangsschließen. Somit verhindert, politisch gewollt, der Kreis eine Notbetreuung der Kita-Kinder, wie die gegenwärtige Situation der massiven Kita-Schließungen zeigt.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, welchen Unterschied der Landrat zwischen einem fünfjährigen und einem sechsjährigen Kind macht. Das fünfjährige darf nämlich in die geöffnete Kita, das sechsjährige (nur bei entsprechenden Voraussetzungen der Eltern) zur Notbetreuung in den Schulhort.

Fortsetzung auf Seite 2

3

#### **Berichte**

**Brandenburg stümpert vor sich hin**

Ronny Kretschmer kritisiert die Unfähigkeit im Kampf gegen Corona.

5

#### **Aus der Partei**

**Bericht vom Parteitag**

Lesen Sie die Eindrücke unserer beiden Delegierten.

7

#### **Gesellschaft**

**Entschädigung für SS-Täter?**

Betreibt die Bundesrepublik Geschichtsrevisionismus?

## Gewinner und Verlierer des Monats



**Armin Laschet** ist unser **Verlierer des Monats**. Er ist unfähig, sich an die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zu halten, die er selbst mitausverhandelt und beschlossen hat. Das hat selbst Kanzlerin Merkel bei ihrem Auftritt bei Anne Will klargestellt. Eins steht fest: Armin Laschet (CDU) ist nicht fähig, dieses Land zu lenken und zu leiten.



Er ist in aller Munde und hoffentlich sehr bald auch in den Armen möglichst vieler Menschen. Die Rede ist vom russischen Impfstoff **Sputnik V**, unserem **Gewinner des Monats**. Wenn selbst Markus Söder (CSU) sich diesen wirksamen Impfstoff für sein Bundesland sichert, kann das kein Teufelszeug sein! Der Landtagsabgeordnete Christian Görke (DIE LINKE) erklärte daher: »Wir fordern die Brandenburger Landesregierung auf, sich auf der Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Paul-Ehrlich-Institut eine Notfallzulassung für Sputnik V prüft.«

## Sind die Schulen und Schüler abgehängt?

Fortsetzung von Seite 1

**Und wie geht es den Kindern?**

Bei aller Kritik müssen wir aber stets das Wohl der Kinder an erste Stelle stellen. Die Kinder, die heute von den coronabedingten Einschränkungen betroffen sind, haben es nicht nur beim Lernen schwerer, sie erleben auch massive soziale Einschnitte. Sie können keine Freunde treffen, haben kein Training und Wettkämpfe im Sportverein, Musik- und Tanzstunden fallen aus und selbst die Spielplätze sind nur begrenzt nutzbar. All das sind Situationen, mit denen Kinder klar kommen müssen.

Und dann kommt als Hauptaufgabe das Erledigen von schulischen Aufgaben.

Kinder im so genannten Homeschooling stehen vor der Problematik, vom Lehrer gestellte Aufgaben oft ohne dessen Hilfe lösen zu müssen. Das bedeutet, für Nachfragen und Erklärungen sind jetzt die Eltern gefragt. Was ist aber, wenn die Eltern aus Zeit- oder Wissensgründen dazu gar nicht in der Lage sind? Glücklicher können sich die Kinder fühlen, deren Lehrer mit ihnen per Internet kommunizieren können. Dass das nicht überall der Fall ist, ist der Vernachlässigung der technischen Ausstattung der Schulen, dem Nichtvorhandensein der Technik zuhause und den fehlenden Übertragungswegen geschuldet. Nun ist die gegenwärtige Situation nun einmal so. Aber damit abfinden? So leicht dürfen wir es uns auch nicht machen. Bei allem Handeln und Tun sollten wir stets an die Kinder denken, die es noch viel schwerer als wir haben. Auch in dieser Zeit, wo sich viele Eltern im Homeoffice (wie die Arbeitsverlagerung nach Hause auf neudeutsch genannt wird) befinden und es oft schwerfällt, Job und Unterstützung der Kinder bei den Schulaufgaben in Einklang zu bringen, muss das Wohl und die Erziehung/Bildung der Kinder im Mittelpunkt stehen. Nachvollziehbar ist jedoch auch die Belastung der Eltern und deren Kinder, die ihrer »normalen« Arbeit nachgehen und abends noch drei, vier oder mehr Stunden mit ihren Kinder Schulaufgaben lösen müssen.

Bei all den pandemiebedingten Nachteilen für die Schüler darf ihnen kein Nachteil entstehen. Ihre Gesundheit und die Schaffung von besten Chancen für eine gute berufliche Entwicklung müssen an erster Stelle stehen.

Viele Eltern kritisieren, dass die Kinder nicht auf die wichtigsten Lerninhalte hingewiesen werden.

Ein weiteres Problem ist: Wenn Kinder selbstständig, bei Abwesenheit der Eltern, im Internet arbeiten, gibt es keine Kontrolle, welche Informationen sie auf welchem Weg bekommen. Andererseits sind E-Mail-Adressen und Portale altersverifiziert und daher für Kinder nicht wirklich nutzbar.

**Schlussfolgerungen**

Grundsätzlich müssen die Versäumnisse bei der digitalen Ausstattung der Schulen zur Gewährleistung eines digitalen Unterrichts dringend behoben werden, damit dieser auch in »Normalzeiten« möglich ist.

Unbedingt notwendig ist aber auch, dass an jeder Schule ein hauptberuflicher IT-Fachmann (IT-Hausmeister) eingestellt wird. Eine professionelle IT-Weiterbildung der Lehrer und Erzieher ist unabdingbar, soll doch bereits im Vorschulalter die IT-Bildung beginnen. Den Kindern muss bereits in Vorschul- bzw. Grundschulalter die Handhabung/Umgang mit Laptop, Clouds etc. beigebracht werden

Auch sollten in der jetzigen Krise Möglichkeiten geschaffen werden, um den Kindern ein gemeinschaftliches Lernen, zum gemeinsamen Lösen von Aufgaben, zu ermöglichen. Diese Verantwortung kann niemand den Schulleitungen und Lehrern abnehmen.

Digitaler Unterricht darf/kann im Grundschulalter nur zur Festigung/Wiederholung des gelernten Stoffs als angemessen angesehen werden. Wirkliche Lerneffekte gibt es bei Grundschulern nur im Präsenzunterricht.

Achim Müller

Wir trauern um unseren Freund und Genossen

**Rudi Brendler,**

der am 9. März 2021 im Alter von 72 Jahren verstorben ist.

Mit Rudi verlieren wir einen engagierten Genossen, den viele Menschen kannten und geschätzt haben. Im Stadt- und Kreisverband fehlt mit Rudi ein streitbarer Partner, der mit neuen Ideen die politische Arbeit bereichert hat, insbesondere bei den Wahlkämpfen der letzten Jahre.

Als sachkundiger Einwohner wirkte er im Bau- und Wirtschaftsausschuss der StVV Neuruppin sowie im Beirat des Jobcenters des Kreises OPR mit, auch hier wird sein kritisch-konstruktives Wirken fehlen. Auch bei der Gestaltung der »Märkischen Linken« hat er seine Spuren hinterlassen. Rudi, Du wirst immer in unserer Erinnerung bleiben!

Kreisverband DIE LINKE. OPR  
Paul Schmudlach

Fraktion des Kreistages OPR



Stadtverband Neuruppin  
Cornelia Böhme, Achim Behringer

Fraktion der StVV Neuruppin

# Solidarischer Lockdown statt Chaos mit Ansage

Die Corona-Pandemie hat große Teile der Welt – und auch uns – weiter fest im Griff. Dieses Virus ist relativ tückisch. Es kann schwerste Erkrankungen auslösen, und bereits über 75.000 Menschen hat es in unserem Land das Leben gekostet. Es ist relativ leicht von Mensch zu Mensch übertragbar, verursacht bei vielen aber keine Krankheitssymptome, sodass ein Ansteckungsrisiko nicht offensichtlich ist. Aus epidemiologischer Sicht ist das ein Supergau.

Umso mehr wäre strategisches Handeln erforderlich, denn es sollen Infektionsrisiken minimiert werden, die kommunikativ schwer vermittelbar sind. Wirkungen von Gegen- oder Lockerungsmaßnahmen stellen sich bei Infektionszahlen frühestens nach einer Woche ein, bei Erkrankungszahlen, Belegung von Intensivstationen oder Todeszahlen sogar erst mit mehreren Wochen Verzögerung. Ob eine Entscheidung richtig oder falsch war,

weiß man deshalb auch erst verzögert. Allerdings kann man vermuten, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie richtig oder falsch sind – nur beweisen kann man es erst später. Vertrauen in die Entscheidungsebenen ist deshalb notwendig, aber viele stehen – ob zu Recht oder nicht – auf sehr dünnem Eis.

Durch falsche oder zögerliche politische Entscheidungen wird diese Situation noch gefährlicher. Zumal die Wahrscheinlichkeit von noch gefährlicheren Mutationen steigt, je häufiger das Virus von Mensch zu Mensch übertragen wird. Deshalb ist es vermutlich kein Zufall, dass im Brasilien des Corona-Leugners Bolsonaro die bislang gefährlichste Mutation entstanden ist.

Aber es geht nicht nur um eine massive Bedrohung der Gesundheit und des Gesundheitssystems. Unterdessen ist bewiesen, dass der Umgang von Bundes-

regierung und Union/SPD-Koalition die soziale Spaltung weiter vertieft. Bis tief in die sogenannte Mittelschicht reicht unterdessen die Existenzangst. Bei Hartz IV oder Armutsrenten fehlen die wenigen Hilfsangebote, beim Niedriglohn reicht das Kurzarbeitergeld nicht für einen ganzen langen Monat.

Deshalb ist die Forderung der LINKEN nach einem solidarischen Lockdown umso richtiger – neben ihren vielen anderen richtigen Forderungen auf Landes- und Bundesebene, die viel zu spät aufgegriffen oder leider bisher gar nicht aufgegriffen werden. Dazu gehört finanzielle Unterstützung, wo sie wirklich gebraucht wird. Aber auch die Freigabe der Patente für die Impfstoffe, damit möglichst schnell und auf der ganzen Welt geimpft werden kann. Anders wird es ein Schrecken ohne Ende.

*Dr. Kirsten Tackmann  
Mitglied des Bundestages*

## Ein Jahr Corona: Brandenburg stümpert vor sich hin

Die große Liebe in der brandenburgischen Kenia-Koalition ist längst vorbei. Noch im Dezember versicherten sich die Koalitionspartner aus SPD, CDU und Grüne gegenseitig ihr »gutes« Krisenmanagement und lobten sich selbst. Dass Eigenlob stinkt, ist allgemein bekannt. Kritik und Verbesserungsvorschläge waren nicht willkommen. Dabei wurde spätestens im Januar überdeutlich, dass die Vorschläge der linken Opposition so falsch nicht waren. Ob Impf- oder Teststrategie, ob die Vorschläge zum sicheren Schul- und Kitabetrieb oder die Vorschläge zur Sicherung der sozialen Infrastruktur, der Krankenhäuser und der brandenburgischen Wirtschaft. DIE LINKE im Brandenburger Landtag hat bisher bewiesen, dass eine konstruktive Politik auch aus der Opposition heraus die Probleme in den Blick nimmt und konkrete Lösungsvorschläge unterbreitet werden können. Einiges an Chaos und Frust hätte so vermieden werden können, aber Woidke (SPD) und Nonnemacher (Grüne) wussten es besser.

### Kenia-Koalition versagt

Innerhalb der Kenia-Koalition liegen mittlerweile die Nerven blank, gegenseitige Schuldzuweisungen sind an der Tagesordnung und die Verantwortung wird hin und her geschoben. Geholfen ist damit niemanden. Nun soll ein neuer »Superminister« die Impfkampagne steuern. MIKI – der Minister für Inneres, Kommunes und Impfen, anstatt der Gesundheitsministerin. Doch an den Osterfeiertagen

bleiben die Impfzentren geschlossen, trotz vorhandener Impfdosen – kein guter Start. Es kann nur besser werden, da nun endlich die Hausärzte flächendeckend impfen dürfen.

Die Bildungsministerin, Britta Ernst (SPD), will trotz rasant steigender Infektionszahlen, gerade bei Kindern und Jugendlichen, den Schulbetrieb aufrechterhalten und unbedingt Abiturprüfungen stattfinden lassen. Sie versagt bei der Bereitstellungen der notwendigen Schnelltests und schiebt ihre Verantwortung an die Eltern ab. Diese sollen nun entscheiden, ob sie ihre Kinder weiterhin zur Schule schicken.

Der Wirtschaftsminister, sonnt sich in der Milliardeninvestition von Tesla, verweigert aber konkrete Hilfen für Gastronomie, Hotellerie, Soloselbstständige und Einzelhändler, währenddessen andere Bundesländer neben den Bundeshilfen eigene Programme auflegen.

Und der Ministerpräsident, tut so, als gehe ihm das alles nichts an. Er lässt die Dinge laufen und erklärt bedeutungsschwer die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz. Beschlüsse, die niemand mehr nachvollziehen kann, die widersprüchlich und unlogisch sind.

In Brandenburg läuft einiges verkehrt. Das Corona-Management der Landesregierung ist schlicht eine Katastrophe.

*Ronny Kretschmer  
Mitglied des Brandenburger Landtages*

### Kurzmeldungen

#### Nicht nur reden, handeln.

Der Landtagsabgeordneter Ronny Kretschmer übergab zusammen mit dem Kreisvorsitzenden Paul Schmudlach (beide DIE LINKE) dem Leiter der Neuruppiner Betriebsstätte der Stephanus Stiftung eine FFP2-Maskenspende. Insgesamt wurden in Ostprignitz-Ruppin 1.000 Masken durch die Bundestagsabgeordnete Kirsten Tackmann (DIE LINKE) und Ronny Kretschmer übergeben. Gesundheitsschutz darf keine Frage des Geldbeutels sein und muss für jeden zugänglich sein!

#### Impfen rettet Leben – Gebt die Impfpatente frei

Um die Pandemie langfristig unter Kontrolle zu bringen, müssen die Produktionskapazitäten der Impfstoffe schnellstmöglich erweitert werden. Das kann nur durch die Freigabe von Patenten und Weitergabe des technischen Wissens geschehen. Deshalb fordern wir die Freigabe der Impfstoff-Lizenzen! Unterstützen Sie deshalb unseren Aufruf: <https://www.die-linke.de/mitmachen/linksaktiv/impfpatente-frei/>



## Neues aus den Kommunen

## Nun also doch:

## Das zweite Hilfsprogramm kommt

Auf der letzten Stadtverordnetenversammlung Neuruppins am 8. März beschlossen die Abgeordneten nun doch, dass das Geld, das vom letzten Hilfsprogramm für Händler in Neuruppin übrig geblieben war, für ein zweites Programm genutzt werden kann. Das hatte die Stadtfraktion der LINKEN zwar schon im Dezember gefordert, war aber nicht zum Zuge gekommen. Die Mehrheit wollte das Geld lieber für die Instandhaltung von Spielplätzen nutzen. Die Linksfraktion hatte bei der letzten Sitzung schon darauf hingewiesen, dass sich nicht absehen lässt, wie die Corona-Situation weitergehen würde. Aber besser spät als nie.

Zwar war der Antrag von der CDU/FDP-Fraktion gestellt worden, aber es handelt sich hier um einen gemeinschaftlich erarbeiteten Antrag, an dem auch unser Fraktionsmitglied und MdL Ronny Kretschmer in nicht unerheblichem Maße mitgearbeitet hatte. Nun haben Händler, Solo-Selbstständige und Freiberufler wieder die Möglichkeit, bis zu 3.000 Euro schnell und unkompliziert über die REG Regionalentwicklungsgesellschaft Nordwestbrandenburg mbH zu beantragen. DIE LINKE begrüßt diesen Schritt, ist sich aber auch bewusst, dass die Stadtpolitik nur einen kleinen Teil dazu beitragen kann, die Probleme der Pandemie zu bewältigen. Auch weiterhin stehen das Land und der Bund in der Pflicht, weitere und besser funktionierende Hilfsprogramme auf den Weg zu bringen.

*Paul Schmudlach  
Fraktionsvorsitzender*

## Ideen gesucht!

Auch in diesem Jahr sind die Neuruppiner:innen aufgerufen, bis zum 30. April 2021 ihre Vorschläge für Projekte einzureichen, die 2022 im Rahmen des BürgerInnenhaushalts der Fontanestadt umgesetzt werden sollen. Insgesamt stehen dafür genau 118.917,49 Euro zur Verfügung. Jeder Bürger, der oder die älter als zwölf Jahre ist, darf Vorschläge machen und auch über diese abstimmen.

Die Vorschläge müssen der Allgemeinheit dienen, die Umsetzung muss in Zuständigkeit der Stadt Neuruppin liegen und sie dürfen sich nur auf den Bereich der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben der Stadt erstrecken. Der Vorschlag muss umsetzbar sein und darf maximal 50.000 Euro je Einzelmaßnahme kosten.

Die Ideen müssen bis zum 30. April 2021 schriftlich, mündlich oder elektronisch eingereicht werden.

Mehr dazu unter:

<https://t1p.de/buergerhaushalt2021>

*Jürgen Schubert*

## Kostenlose Schülerbeförderung: Modellversuch wird verstetigt

Der Kreistag kam am 25. März in der Neustädter Graf-von-Lindenau-Halle zusammen, da im Kyritzer Sport- und Kulturhaus das lokale Impfzentrum eingerichtet wurde. Auf der Tagesordnung standen mehrere wichtige Entscheidungen, die die Lebensbedingungen in unserer Region direkt beeinflussen werden.

Die Linksfraktion hat zwei Anträge eingereicht. Einerseits einen Antrag, der darauf abzielt, dass das Modellprojekt der kostenfreien Schülerbeförderung im Landkreis – über den Zeitraum des nächsten Schuljahres hinaus – dauerhaft verstetigt wird. Diesen reichten wir gemeinsam mit der SPD/FDP- sowie der Grünen-Fraktion ein. Der Kreistag beschloss den gemeinsamen Antrag bei drei Enthaltungen und keiner Gegenstimme. Auch der Landrat gab seine Zustimmung. Wir eröffnen so den Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit, sich auch außerhalb des Schulweges frei und selbstbestimmt im Landkreis bewegen zu können. Außerschulische Aktivitäten können, sofern Busse zu den entsprechenden Uhrzeiten fahren, endlich wahrgenommen werden – selbst am Wochenende. Auch unsere kommunale Busgesellschaft wird gestärkt, indem wir ihr eine umfangreiche und dauerhafte Einnahmequelle bieten, da der Landkreis für die Beförderungskosten der Schüler aufkommt.

### Nahverkehr steht auf dem Prüfstand

Der Landkreis OPR schreibt derzeit seinen Nahverkehrsplan fort. Dieser Plan regelt für den Zeitraum 2021 bis 2025 die grundlegenden mobilitätspolitischen Rahmenbedingungen in unserer Region. Er entscheidet also darüber, zu welchen Konditionen die kreiseigene Busgesellschaft bestellt wird, und wie viele Busse wann und wohin fahren werden. Für die Fraktion DIE LINKE stelle ich klar, dass wir ganz genau aufpassen werden, welche Vorgaben versucht werden, im neuen Nahverkehrsplan zu verankern. Außerdem werden wir entsprechende Vorschläge unterbreiten, sollte sich eine Verbesserung des Nahverkehrs nicht erkennen lassen oder gar von einer Abspeckung die Rede sein. Unter dem Deckmantel der Pandemie darf es zu keiner Verschlechterung des Fahrgastangebotes kommen!

Weiterhin brachte die Linksfraktion einen Antrag zur Kultur ein. Wir schlagen vor, dass alle Angebote im Kreis in Form eines Veranstaltungskalenders gebündelt werden, auf welchen die Bürger in digitaler Form dann zugreifen können. Gerade die Kulturschaffenden werden von der Pandemie hart getroffen, weshalb sie Hilfe brauchen. Unser Vorschlag wurde in den Ausschuss für Kultur, Sport und Bildung überwiesen.

*Justin König, Fraktionsvorsitzender*

## Rosen zum Internationalen Frauentag



**8. März** Für Anja Mayer und Kirsten Tackmann war das ein sehr langer und streckenreicher Tag. Sie ließen es sich nicht nehmen, am Frauenkampftag in Perleberg, Kyritz, Protzen und Neuruppin auf die Benachteiligungen und Rechte der Frauen aufmerksam zu machen. Sie besuchten – wie hier mit dem Kreistagsabgeordneten

Justin König und dem Stadtverordneten Dieter Groß – soziale Einrichtungen, wie den Kyritzer Seniorenwohnpark. Die Pflegerinnen schilderten ihren harten Arbeitsalltag unter Corona-Bedingungen. In Protzen verteilten Mayer und Tackmann neben den Rosen zusätzlich auch FFP2-Masken an die gemeinnützige G.A.B.



## Erster digitaler Bundesparteitag der Linkspartei war ein Erfolg

**W**ir haben es geschafft! Dieser erste Bundesparteitag unter Corona-Bedingungen war ein großartiger Erfolg, da wir komplettes Neuland betreten. Wir haben bewiesen: Der Lockdown bedeutet keinen Lockdown der Demokratie, und digitale Parteitage müssen keine Show sein. Inhaltliche Diskussionen und demokratische Abstimmungen funktionieren auch digital. Insbesondere der Leitantrag wurde leidenschaftlich unter der Grundfrage »Regierungsverantwortung oder Opposition« diskutiert.

Der neue Parteivorstand wurde anschließend per Briefwahl vollständig und mit großer Mehrheit bestätigt. Brandenburg wird durch Tobias Bank und Konstantin Gräfe vertreten sein. Die neuen Parteivorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow und Janine Wissler haben die politischen Ziele der LINKEN für das Bundestagswahljahr 2021 erläutert: »Es geht um viel in diesem Jahr,« schreiben die beiden im Neuen Deutschland. »Es geht darum, wer die Kosten der Coronakrise trägt und welche Lehren wir aus der Krise ziehen. Es geht um eine solidarische Zukunft.« Nun gilt es, den Aufbruch in das Superwahljahr zu organisieren. Wir stellen das Einende voran – den Kampf für soziale Gerechtigkeit, für einen sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft, für eine friedliche Welt, für Umverteilung des Reichtums und gegen Nazis und Rassist\*innen sowieso. Lasst uns rebellisch, aber auch optimistisch sein, um andere Menschen für einen Politikwechsel zu begeistern. Denn wir wollen den Politikwechsel – nicht irgendwann, sondern JETZT!

Der Parteitag war schon ein starker Schub für unsere Mitgliederentwicklung: Bereits 350 neue Mitglieder konnten wir seit dem Parteitag begrüßen. Nutzen wir diesen Schwung weiter – wir haben eine Welt zu gewinnen!

Parteiintern wurde beschlossen, dass die zukünftigen Grundlagen für eine neue Beitragsstruktur in einer Kommission aufbereitet sowie der Mitgliederentscheid zum bedingungslosen Grundeinkommen im Herbst stattfinden wird.

P.S.: Wer nicht live dabei sein konnte, kann sich die Aufzeichnung des Parteitags ganz oder in Teilen weiterhin auf YouTube ansehen.

*Kerstin Brendler & Ronny Kretschmer  
Delegierte KV Ostprignitz-Ruppin*

### Kurzmeldungen

#### Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern« erfolgreich!

**D**er Landeswahlleiter bestätigte, dass die Volksinitiative »Keine Geschenke den Hohenzollern« das erforderliche Quorum von 20.000 Unterschriften erreicht hat. Damit wird sich der Landtag mit dem Anliegen zu beschäftigen haben. »Das Kernziel der Volksinitiative, die Rückgabe von Kunstgegenständen und eine Zahlung von Entschädigungen zu verhindern, wird mittlerweile breit geteilt. Namhafte Historiker:innen haben keinen Zweifel an einer 'Vorschubleistung' für das NS-Regime und Jurist:innen empfehlen eine gerichtliche Klärung. Das massive presserechtliche Agieren des Hauses Hohenzollern, ob berechtigt oder nicht, gefährdet eine offene Diskussion, weil hierdurch ein Klima der Angst geschaffen wird. Das kann die öffentliche Hand nicht hinnehmen!«, betont Anja Mayer, Landesvorsitzende DIE LINKE. Brandenburg.

Die zu treffende Entscheidung liegt damit eigentlich auf der Hand: die Landesregierung kann nicht länger über Rückgaben und Entschädigungen verhandeln, wenn an deren rechtlicher Grundlage ernstzunehmende Zweifel bestehen.

Auch in OPR wurden fleißig Unterschriften gesammelt. Wir möchten uns auf diesem Wege bei allen Unterstützern bedanken! Besonderer Dank gilt Heide und Günther Wissel für das Sammeln von unglaublichen 400 Unterschriften!



## »Fachgeschäft für Demokratie« eröffnet

**Rheinsberg.** DIE LINKE unterhält nun auch in der Prinzenstadt ein weiteres Bürgerbüro. Bei zumindest zeitweisem Sonnenschein wurde der rote Laden am 14. März eröffnet. Etwa vierzig Besucher:innen nahmen an der Eröffnung teil. Das Büro durfte coronabedingt maximal zu zweit und mit medizinischer Maske besichtigt werden. Der Rheinsberger Regionalverband bedankt sich recht herzlich bei all seinen Gästen und freut sich auf viele spannende, lustige, kulturelle und konstruktive Veranstaltung, die in ihrem neuen Büro, in der Schlossstraße 20 in 16831 Rheinsberg in der Zukunft stattfinden werden.



# Haben wir über unsere Verhältnisse gelebt? (Teil 1)



**Ines Nowack skizziert die fundamentalen Ursachen der Wirtschafts- und Finanzkrise**

**D**ass wir in einer Gesellschaft leben, die von den Krisen des Kapitalismus bestimmt wird, ist immer augenscheinlicher. Die Ursachen liegen in den übertriebenen Spekulationen an den Finanzmärkten und an der übertriebenen Verschuldung. Die Politik versuchte, die Krise 2008 durch sparsame Wirtschaftsführung und das Zurückfahren von Spekulationen aufzuhalten.

Angela Merkel sagte 2009 auf dem G20-Gipfel, dass die Staatengemeinschaft nicht nachlassen dürfe, Lehren aus der Finanzkrise ziehen und sicherstellen müsse, dass sich so etwas nicht wiederholt. Maßnahmen zur Umsetzung sollten die Kontrolle der Finanzmärkte, Eindämmung der Spekulation und die Stärkung der Realwirtschaft gegenüber den Finanzmärkten sein. Das Ergebnis zeigt, dass das Marktvolumen der Finanzderivate sich stetig erhöht und inzwischen ein Vielfaches des Weltbruttoinlandsproduktes erreicht hat.

## Wo liegen die Ursachen für die Aufblähung der Finanzmärkte?

Die Aufblähung der Finanzmärkte ist notwendig für den Systemerhalt und um die kapitalistische Dynamik nach der Krise wieder in Gang zu bringen. Der Grund ist die Akkumulation des Kapitals (Geldvermehrung). Seit ca. Mitte der 70er Jahren hängt sie nicht mehr an der Produktion von Waren in der Realwirtschaft, sie hängt nicht mehr ab von der Verausgabung von Arbeitskraft in der Produktion

dieser Waren, sie hängt maßgeblich ab von fiktivem Kapital an den Finanzmärkten (Marx). Das Fazit ist die Notwendigkeit massenhafter Spekulationen und privater und staatlicher Verschuldungen, um das kapitalistische System am Leben zu erhalten. Die Politik handelt also rational im Sinne des Systemerhaltes.

## Wie funktioniert die kapitalistische Produktionsweise?

Zweck der kapitalistischen Produktionsweise ist nicht, wie häufig verfehlt dargestellt wird, die Herstellung von nützlichen Dingen für den Tausch, sondern die Akkumulation von Wert, also die Verwertung des Kapitals. Der Motor der kapitalistischen Dynamik ist der Zweck, aus Geld noch mehr Geld zu machen. Dazu werden Waren für den Verkauf produziert, nicht für die Bedürfnisse der Menschen. Produzierte Waren sind also nur das Mittel dafür, das Kapital zu verwerten. Diese Waren haben einen Wert. Der Wert rührt daher, dass für die Herstellung Arbeit verausgabt werden musste. Dabei wird die Arbeit auf einen rein quantitativen Maßstab reduziert, der durch einen gesellschaftlich bestimmten Wert dargestellt wird.

## Worin besteht nun die Krise der kapitalistischen Gesellschaft?

Wenn die Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft darin besteht, Kapital zu verwerten und möglichst viel Arbeit in der Produktion von Waren zu verausgaben, dann tritt gleichzeitig auf der anderen Seite ein Zwangsmechanismus in Kraft, der dem entgegenwirkt. Dieser Zwangsmechanismus besteht darin, dass die Produktivität ständig gesteigert werden muss. Wer in der Konkurrenz mithalten will/muss, der muss die Waren mit immer weniger Arbeitskraft herstellen, also immer produkti-

ver werden. Dieser allgemeine Grundmechanismus hat zu der ungeheuren Dynamik der kapitalistischen Gesellschaft beigetragen. Diese befindet sich immer im Wettlauf mit sich selbst. Auf der einen Seite wird Arbeit durch ständige Produktivitätssteigerung wegrationalisiert, auf der anderen Seite gibt es den Versuch, dies zu kompensieren, indem man immer mehr Waren mit immer mehr Arbeitskraft produziert. In den 70er und 80er Jahren gab es einen Umbruch in der Produktivität. Er beruhte auf der Anwendung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und führte dazu, dass in einem bis dahin nicht gekannten Maße Arbeitskräfte wegrationalisiert werden konnten. Das war ein qualitativer Einschnitt in der Produktionsentwicklung, der nicht mehr durch Ausweitung der Produktion kompensiert werden konnte. Der Kompensationsmechanismus funktionierte also nicht mehr, und die Krise blieb zunächst bestehen.

## Wie konnte die Krise überwunden werden?

Die Krise wurde überwunden, indem das Kapital an die Finanzmärkte ausgewichen ist. Statt also Kapital in Produktion zu investieren, hat sich das Kapital ohne Produktion an den Finanzmärkten vermehrt. Somit wurde das Kapital zu fiktivem Kapital, Kapital mit Zugriff auf zukünftigen Wert. Ob dieser produziert wird, oder nicht, muss sich noch erweisen. Um fiktives Kapital zu vermehren, werden durchaus Waren verkauft, diese Waren sind Eigentumstitel (Wertpapiere), die ein Versprechen auf zukünftigen Wert ausdrücken. Dabei entsteht eine Verdoppelung der ursprünglichen Geldsumme, weil der Kapitalanleger den Eigentumstitel kauft und somit über Geldkapital in Form eines Eigentumstitels als Anspruch auf den zukünftigen Wert verfügt, während der Verkäufer (Emittent) fiktives Kapital verkauft und dafür Geld erhält, welches er wieder konsumiert oder anlegt.

Das fiktive Kapital gewinnt nun eine neue Funktion über die normale Geldanleihe hinaus. Diese Akkumulation ohne Verwertung tritt nun an die Stelle der Verwertung von Kapital in der Realwirtschaft. Damit werden die Finanzmärkte zum Zentrum der kapitalistischen Dynamik. Auf diese Weise bleibt die Kapitalakkumulation in Gang, allerdings nicht mehr in der Verwertung von Arbeitskraft in der Vergangenheit, sondern auf der Grundlage von Ansprüchen auf zukünftigen Wert.

## Was bedeutet das für die Wirtschaft?

Da der Vorgriff auf die Zukunft niemals eingelöst werden kann, muss immer weiter neues fiktives Kapital angehäuft werden. Die Durchsetzung der Forderung der Eindämmung der Finanzmärkte würde somit bedeuten, die systemische Dynamik zu stoppen und damit eine gewaltige Wirtschaftskrise herbeizuführen. Wir haben es hier mit einem Krisenaufschub zu tun. Ein wesentliches Element besteht darin, dass das fiktive Kapital nicht auf die Finanzmärkte beschränkt bleibt. Es werden weiterhin Waren und Dienstleistungen produziert, aber die Produktion ist davon abhängig, dass die Akkumulation von fiktivem Kapital immer weitergeht. Die gesamte Weltwirtschaft hängt am Tropf des fiktiven Kapitals.

*Ines Nowack  
Stellv. Kreisvorsitzende*

**»Dieses Land ist in keinem guten Zustand«**

Armin Laschet  
CDU-Vorsitzender

\*am 30. März bei Markus Lanz

Das könnte vielleicht daran liegen, dass die CDU seit 16 Jahren durchgängig regiert.

## Erinnerung

## »Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden«

Rosa Luxemburg (1871–1919)

Rosa Luxemburg war eine der bedeutendsten Intellektuellen des 19. Jahrhunderts, ihr Wirken in der Politik und in der europäischen Arbeiterbewegung äußerst vielfältig. Sozialismus verstand sie als Einheit von politischen und sozialen Freiheiten. Bis heute ist sie deshalb eine Identifikationsfigur, ihre Schriften besitzen eine ungebrochene Aktualität.

Rosa Luxemburg ließ und lässt niemanden gleichgültig. Kompromisslos und stimmgewaltig vertrat sie ihre Überzeugungen. Mit menschlicher Wärme und mitreißendem Temperament vermochte sie jeden für sich zu gewinnen, der sich vorurteilsfrei auf sie einließ. Verschreckt indes reagierten jene, die sich ihr nicht gewachsen fühlten.

Sie gehörte Zeit ihres Lebens benachteiligten, oft verfolgten Minderheiten an. Bedingt war das zum einen durch Geburt und Schicksal: Sie war Jüdin – und wenn sie auch zur Religion keinen Bezug hatte, entging sie doch dem Antisemitismus



nicht. Bedingt war es zum anderen aber auch durch ihren Willen zu einem selbstbestimmten Leben – gegen die engen Vorstellungen ihrer Zeit.

Rosa Luxemburgs unversöhnlicher Kampf gegen den Krieg und die Radikalität, mit der sie auf der Verbindung von politischer Freiheit und sozialer Gleichheit bestand, haben auch für uns Heutige an Strahlkraft nichts verloren.

(Quelle: Rosa-Luxemburg-Stiftung)

## Keine Kriegsoferzahlungen für SS-Täter!

Die Bundesrepublik belohnt seit Jahrzehnten Angehörige der früheren SS mit großzügigen finanziellen Leistungen aus der Staatskasse. DIE LINKE fordert, mit dieser Praxis muss auch in Deutschland, wie bereits in Belgien geschehen, endlich Schluss sein. Dass DIE LINKE mit ihrer Forderung nicht alleine steht, zeigt sich auch in anderen europäischen Ländern, wo die deutsche Haltung und Handlung massiv kritisiert wird. Frankreich beispielsweise spricht von einem Staats-»Geld der Schande«!

## Unwürdigkeitsklausel

Auf diese Klausel verweist die Bundesregierung immer dann, wenn sie kritisiert wird.

Diese Klausel ist aber nicht mehr als ein Feigenblatt. Sie besagt, dass Leistungsempfänger bei erwiesenen »Verstößen gegen Grundsätze der Menschlichkeit« von den Zahlungen ausgeschlossen werden.

Der Sachverständige Stefan Klemp wies in einer Anhörung darauf hin, dass von einstmals einer knappen Million Leistungsempfängern lediglich 99 als von der Klausel betroffene ausgesiebt wurden.

Nun ist ja bekannt, wie nachsichtig die westdeutsche Justiz bei der Verfolgung der Nazi-Verbrechen war. Klemp schätzt ein, dass selbst KZ-Aufseher und Angehörige von Polizeibataillonen, die an Mordaktionen beteiligt waren, Leistungen der Bundesregierung bezogen bzw. noch beziehen.

Mit dieser Praxis muss endlich Schluss sein. Wie kann ein Staat, der sich Rechtsstaat nennt, mehr als 30 Jahre lang Nazi-Verbrecher belohnen? Wie kann es sein, dass der Rechtsstaat

Deutschland, wenn es um NS-Verbrechen geht, beide Augen zudrückt?

Klemp hat in der Anhörung darauf verwiesen, dass von den knapp eine Million Leistungsempfängern, von Fachleuten erwartet, 10.000 bis 50.000 davon unter die Unwürdigkeitsklausel fallen müssten.

## Es fehlt der politische Wille

Im Gegensatz zur Nachkriegszeit, wo die westdeutsche Politik Nazi-Verbrechern Tür und Tor geöffnet hat, wurde sie nach der sogenannten Wiedervereinigung, was die politischen Eliten der DDR betraf, aktiv.

So wurde der DDR-Volkskammerbeschluss zu den »Strafrenten« für ehemalige Angehörige des MfS (obwohl alle Gesetze und Beschlüsse der DDR am 3.10.1990 ihre Kraft verloren) von der Bundesrepublik übernommen. Das ist das erste Mal in der Geschichte, dass ganzen Personengruppen – politisch gewollt – systematisch die Rente gekürzt wurde und wird. Hierbei spielt es keine Rolle, wo der Betroffene tätig war. Egal ob Auslands- oder Inlandsaufklärung, ob Arzt, KFZ-Schlosser, Heimleiter in einem Ferienhaus oder Reinigungskraft, die Hauptsache, sie waren beim MfS angestellt.

Eine Abiturientin aus Baden-Württemberg sagte vor einigen Jahren, dass sie zu der Einschätzung gekommen sei, dass die SS gar nicht so schlimm gewesen sein kann wie die Stasi (MfS) der DDR. Sonst würde doch die Stasi nicht bestraft und die SS nicht »belohnt« werden.

So kann man mit der Rentenpolitik auch die Geschichte verfälschen.

Achim Müller

## Kurzmeldungen

## Wellenbrecher statt Lücken-Lockdown

Die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Janine Wissler, sagt zur aktuellen Debatte um die Corona-Maßnahmen:

Um die dritte Welle zu brechen, sind bundesweit wirksame und ausgewogene Maßnahmen notwendig. Statt Ausgangssperren zu verhängen, muss die Verbindlichkeit der Infektionsschutzmaßnahmen endlich auch im Berufsleben gelten. Arbeitgeber müssen verpflichtet werden, den Beschäftigten Tests und wo immer möglich Homeoffice anzubieten. Wo beim Infektionsschutz geschlampt wird, müssen Betriebe notfalls zeitweise geschlossen werden. Die Impfstoffproduktion muss mit Freigabe der Lizenzen angekurbelt werden. Schulen brauchen Luftfilter und bessere Unterstützung für den Distanzunterricht. Menschen mit geringen Einkommen und Existenznöten benötigen zusätzliche Unterstützung.

Ein »Lockdown« mit Präsenzunterricht in Schulen und mit Berufspendlern in überfüllten Bussen und Bahnen ist ein »Lücken-Lockdown«, kein »Brücken-Lockdown«.

## Unser Konto für Spenden &amp; Einzahlungen

DIE LINKE. OPR  
IBAN: DE47 1606 1938  
0001 6323 61

BIC: GENODEF1NPP

Raiffeisenbank  
Ostprignitz-Ruppin eG

Verwendungszweck:  
Spende Märkische Linke

Bitte geben Sie Ihren Namen und Ihre Adresse an. Die Daten behandeln wir vertraulich.

# Wie aus einer kleinen Idee eine Welle der Solidarität wurde



Die Idee, anlässlich des Welttages der Kranken am 11.02.2021 eine Aktion zu starten, kam Cornelia Böhme, Co-Vorsitzende des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE, recht spontan. Schnell fand dieser Gedanke, den kranken und einsamen Menschen in dieser Zeit einen kleinen Kartengruß zukommen zu lassen, Anklang und Unterstützung bei ihren GenossInnen. Ein Aufruf bei den EinwohnerInnen von Neuruppin war schnell gestartet, und die Resonanz war überwältigend. Sehr dankbar und gerührt konnten über 650 liebevoll gestaltete und berührend geschriebene Postkarten an Empfänger in den Ruppiner Kliniken, im Seniorenwohnpark und im Hospiz »Haus Wegwarte« überreicht werden.

## Sehr große Resonanz auf allen Seiten

Die Rückmeldungen der KartenschreiberInnen war durchweg positiv. Viele bedankten sich auch persönlich bei den LINKEN für diese Aktion. Familien, Alleinlebende und Paare beteiligten sich mit persönlichen Grüßen, Auf-

munterungen und Büchergaben. Die Altersspanne der Teilnehmenden reichte von 1,5 Jahren bis ins Seniorenalter. Neuruppiner, Alt Ruppiner, Lindower, Neustädter und Menschen aus anderen Orten machten mit. Kindergruppen des Bauspielplatzes und der DRK-Tagesgruppen waren sehr fleißig und kreativ dabei. Teams der Pflegeschule Neuruppin mit ihren SchülerInnen und Kindern, des Mehrgenerationenhauses »Krümelkiste« und der Therapiepraxis »Bewegungstherapeuten« um Selina Köhn gaben dicke Umschläge mit Karten ab.

## Jeder einzelne zählt!

Allen Beteiligten, ob als Schreiber oder Verteiler, gebührt ein großes Dankeschön, das kaum in Worte zu fassen ist. Ohne die großartige Unterstützung aller hätten nicht so viele kranke und einsame Menschen erfreut werden können. Diese Aktion ist ein lebendiger Beweis dafür, dass für Neuruppiner und Nicht-Neuruppiner Zusammenhalt, Solidarität und Mitmenschlichkeit keine Fremdworte sind.

## Termine (Aktualisierungen auf [www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de) beachten)

|                        |  |
|------------------------|--|
| Montag, 03.05.2021     | <b>Beratung des Geschäftsführenden Kreisvorstandes</b><br>16.00 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter kv@dielinke-opr.de erfragen          |
| Mittwoch, 05.05.2021   | <b>6. digitales Wahlaktiv zur Bundestagswahl mit Anja Mayer</b><br>20.00 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter kv@dielinke-opr.de erfragen |
| Donnerstag, 06.05.2021 | <b>Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen</b><br>19.00 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter kv@dielinke-opr.de erfragen  |
| Sonabend, 08.05.2021   | <b>Kranzniederlegungen zum Tag der Befreiung</b><br>Bitte Tagespresse und Internetseite beachten!  |
| Mittwoch, 14.05.2021   | <b>Beratung des Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR</b><br>20 Uhr, Videokonferenz, Zugangsdaten bitte unter kv@dielinke-opr.de erfragen                 |

**Bildrechte:** (1) Adobe Stock (2) Wikimedia Commons (3) Wikimedia Commons (4) DIE LINKE. Brandenburg (5) DIE LINKE (6) André Reichel (7) DIE LINKE (8) Paul Schudmlach (9) DIE LINKE. Rheinsberg-Lindow (10) DIE LINKE. OPR (11) RLS (12) DIE LINKE. OPR

**Wir sind Ihre Ansprechpartner und helfen gern:**

### Kontakte

#### DR. KIRSTEN TACKMANN

Bundestagsabgeordnete, agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«  
Tel: 030 22774309 Fax: 030 22776308  
Funk: 0173 3804592  
[www.kirsten-tackmann.de](http://www.kirsten-tackmann.de)

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Straße 1, Kyritz  
Wahlkreismitarbeiter **JUSTIN KÖNIG**  
Tel: 033971 32857 Fax: 033971 32893  
E-Mail: [koenig@kirsten-tackmann.de](mailto:koenig@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten: Mo. u. Di. 9.30 - 14.30 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **PAUL SCHUDMLACH**  
Tel.: 03391 2383  
E-Mail: [schudmlach@kirsten-tackmann.de](mailto:schudmlach@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten: Mo. - Do. 10.00 - 16.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Burgstraße 27, Wittstock  
Wahlkreismitarbeiter **CHRISTIAN RICHTER**  
Tel: 03394 4018699  
E-Mail: [richter@kirsten-tackmann.de](mailto:richter@kirsten-tackmann.de)  
Sprechzeiten:  
Di. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr  
Do. 16.00 - 18.00 Uhr

#### RONNY KRETSCHMER

Landtagsabgeordneter, Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik sowie Gesundheits- und Pflegepolitik  
Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin  
Wahlkreismitarbeiter **JENNY SALZWEDEL**  
Tel: 03391 5123477  
E-Mail: [ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de](mailto:ronny.kretschmer@linksfraktion-brandenburg.de)  
Sprechzeiten: Di. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

#### DIE LINKE. OSTPRIGNITZ-RUPPIN

Kreisgeschäftsstelle Neuruppin  
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin  
Tel: 03391 655420  
Fax: 03391 655422  
[www.dielinke-opr.de](http://www.dielinke-opr.de)  
E-Mail: [kv@dielinke-opr.de](mailto:kv@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten: Di. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr  
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **JUSTIN KÖNIG**  
Termine nach Absprache

Kreisschatzmeisterin **KERSTIN BRENDLER**  
1. Freitag im Monat: 15:30 - 17:30 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz  
Wilsnacker Str. 1, 16866 Kyritz  
Tel: 033971 72086  
Fax: 033971 32893  
E-Mail: [bock@dielinke-opr.de](mailto:bock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten: Do. 10.00 - 11.30 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock  
Burgstraße 27, 16909 Wittstock  
Tel: 03394 4002971  
E-Mail: [wittstock@dielinke-opr.de](mailto:wittstock@dielinke-opr.de)  
Sprechzeiten:  
Di. u. Do. 09.00 - 12.00 Uhr

**Herausgeber: DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin**  
Kreisvorstand, Schinkelstraße 13, 16816 Neuruppin

V.i.S.d.P. Paul Schudmlach, E-Mail: [redaktionml@dielinke-opr.de](mailto:redaktionml@dielinke-opr.de)  
Leitender Redakteur: Justin König, Redaktion: Christa Horstmann, Hans-Joachim Müller, Ines Nowack, Hans Schaefer, Jürgen Schubert.

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers beziehungsweise der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.05.2021**  
**Erscheinungsdatum: 10.06.2021**